

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1930**

4.11.1930 (No. 302)

# Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustelgebühren. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

**Hauptorgan der badischen Zentrumspartei**  
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung  
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenbildungsblätter für den Familienkreis, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Illustrierte Wochenschrift, Deutsche Jugendkraft, Illustrierte Wochenschrift, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21  
Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237, Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto: Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenblock 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg., die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 40 Pfg., Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Eintreibung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schlag der Anzeigenannahme 5 Pfg. Uhr. — Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nr. 302 (12 Seiten)

Karlsruhe, Dienstag, den 4. November 1930

68. Jahrgang

## Die deutsch-französische Verständigung

Eine offene Aussprache des Kanzlers

### Frankreich übersieht die Schwere der deutschen Wirtschaftsnote

Paris, 3. Nov. „Petit Parisien“ veröffentlicht eine längere Erklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning dem diplomatischen Redakteur dieser Zeitung, Herrn Bourguès, anlässlich seiner kürzlichen Anwesenheit in Berlin gegeben hat. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Ich habe wiederholt und auch in meiner letzten Regierungserklärung nach den Wahlen erneut betont, daß die bisherige Außenpolitik, die sich als höchstes Ziel die Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung gesetzt hat, wie bisher unter Ablehnung aller Abenteuer in organischer Weiterentwicklung auf dem Wege des Friedens weitergeführt werden soll. Diese Politik ist nicht die These einer Verdon, einer Partei oder einer Parteifraktion, sondern Gemeingut des weitestgehenden Teils des deutschen Volkes. Die Rheinlandräumung war eine große Etappe auf dem Wege dieser deutschen Befreiungspolitik. In diesem Sinne begrüßen wir die vorzeitige Räumung, die uns nur größere Möglichkeiten bieten kann, unsere Friedensbeziehungen zu unserem großen Nachbarstaat Frankreich weiter auszubauen und uns über die zwischen uns noch schwebenden Fragen sachlich zu verständigen. Wenn nun gerade in der letzten Zeit ein gewisser Rückschritt in der Entwicklung unserer Verhältnisse zu einander eingetreten zu sein scheint, so ist das wohl mit darauf zurückzuführen, daß verschiedene innerpolitische Vorgänge und Ereignisse eine Beurteilung und Wertung in Frankreich gefunden haben, die nur in einem völligen Mißverständnis der eigentlichen Ursachen und Zusammenhänge ihre Erklärung finden kann.

Nicht Haß und Kriegsdrohung sind aus den Wahlen des 14. September hervorgegangen,

sondern der Ausdruck eines tiefbedrückten und doch starken Volkes, das um seine nationale Zukunft ringt. Die Stimmen, die wir aus Frankreich hören bringen fast übereinstimmend eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Konzeption, die Frankreich durch Erleichterung der Reparationen und durch vorzeitige Räumung gemacht zu haben glaubte, in Deutschland nicht genügend gewürdigt wurden. Darin liegt eine Verkennung der möglichen Auswirkung dieser vereinbarten Maßnahmen. Frankreich übersieht die Schwere der deutschen Wirtschaftsnote, die alle eingetretenen Zahlungsverleichterungen weit überwiegt, und verstand daher nicht, daß die Minderung der Reparationslasten nicht die erwartete wirtschaftliche und politische Entspannung brachte.

Frankreich als Hauptgläubiger muß einsehen, daß keine deutsche Regierung ihrem Volke eine Milliardenschuld, die in ihrer Gesamtheit immer wieder als drückend empfunden wird, durch die an sich begrüßenswerte Ermäßigung um einige 100 Millionen tragbarer erscheinen lassen kann.

Wenn gleichzeitig die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise dazu zwingt, mehrere Milliarden neue Steuern und Lasten aufzuerlegen, ist es selbstverständlich, daß jede deutsche Regierung sich alle verträglich zur Abwehr von Gefahren für Wirtschaft und Währung zur Verfügung stehenden Maßnahmen offen halten muß, für den Fall, daß sich die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Zahlungen nicht einstellen sollten. Andererseits scheint uns die Enttäuschung Frankreichs über die angeblich nicht genügende Anerkennung der vorzeitigen Rheinlandräumung nicht gerechtfertigt. Die immer wieder hinausgeschobene Entscheidung hat die Wirkung und den Eindruck dieser lang erwarteten Maßnahme, die zudem nicht ohne Härten und Belastungen vor sich ging, sehr abgeschwächt. Trotzdem haben wir alle, wie schon eingangs erwähnt, die Räumung in Hinblick auf die Erleichterungen unserer gegenseitigen Beziehungen aufs wärmste begrüßt; ebenso wie ich hat auch der Herr Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius seinerzeit in Speyer diesem Gedanken Ausdruck gegeben. Diejenigen indessen, die mehr erwarteten, sollten sich doch darüber klar sein, daß es dem Stolz und der Würde eines großen Volkes widerspricht, das Aufhören einer schweren Unbill, als welche die Besetzung friedlicher Gebiete nach 12 Jahre nach dem Kriege angesehen wird, zum Anlaß einer besonderen Dankesbezeugung zu nehmen.

Die endgültige Aufgabe dieser militärischen Sicherheitsmaßnahme hat indes keineswegs die Diskussion über die Sicherheitsfrage ein für allemal aus der Welt geschafft. Immer wieder wird das Sicherheitsproblem gleichsam als Ausdruck eines anhaltenden Mißtrauens in den Vordergrund gestellt. Frankreich dürfte hierbei vielleicht verkennen, daß man angesichts eines entwaffneten Volkes, dessen Grenzen nach allen Richtungen offen sind und das von waffenstarken Nachbarn umgeben ist, nicht immer von neuem die Forderung nach Sicherheit dem rechtmäßigen Verlangen nach Abrüstung entgegenstellen kann, ohne die Unantastbarkeit feierlich eingegangener Verträge anzuzweifeln deren Urheber zu sein gerade Frankreich sich zu rühmen weiß. Nach unserer Auf-

fassung haben alle Staaten gleiches Recht auf Sicherheit, und wir verstehen nicht, warum hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll.

In Frankreich herrscht vielfach die Meinung, daß es falsch sei, Deutschland immer neues Entgegenkommen zu zeigen, da es stets nach Erreichung eines Zieles sich nicht zufrieden gebe, sondern mit immer neuen Forderungen herortrete. In der Tat steht die deutsche Außenpolitik ebenso wie die auch anderer Staaten noch vor vielen unerreichten Zielen.

Deutschland ist noch weit entfernt von der vollen Souveränität seiner Großmachstellung.

Viele Fragen, deren Lösung verträglich vorgeesehen ist, sind heute noch nicht bereinigt, ja, zum Teil noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen. Solange dieser unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als einem Jahrzehnt in Ausnutzung der durch diesen Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festgelegt wurde, wird Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Verringerung hinzuwirken versuchen und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten, deren Ausgleich, weit entfernt Beunruhigung hervorzurufen, zur Förderung des Friedens dienen wird.

## Giftgas über Südtirol

Innsbruck, den 31. Oktober 1930.

Die Deutschen Südtirols haben zu all dem Schlimmen, das ihnen im Laufe von zehn Jahren italienischer Herrschaft aufgebürdet wurden nun noch die Schmach des Verrates erfahren müssen. Des Verrates begangen von Volksgenossen, die sich als die berufensten Wächter der nationalen Interessen gebärden. Das publizistische Manöver rechtsradikaler und völkischer Blätter, die anfangs Oktober von neuen Wäldungen und großen Erleichterungen in Südtirol zu berichten wußten, muß mit aller Entschiedenheit als unerhörter Dolchstoß gegen die Interessen der Deutschen Südtirols gebrandmarkt werden. Handelt es sich doch nicht um einen Irrtum in der Berichterstattung, sondern um eine beabsichtigte Irreführung der deutschen Öffentlichkeit über die wahre Lage Südtirols. Dieser Verdacht wird zur Gewissheit erhoben durch die Hartnäckigkeit, mit welcher die gewissen römischen Korrespondenten an der Lüge von den eingetretenen Wäldungen festhalten.

Verschiedene Stellen und Persönlichkeiten haben sich um eine rasche Klärung des Falles bemüht. Wir haben es daher nicht notwendig, auf die Einzelheiten einzugehen, durch welche die Nachrichten über eine Freigabe des deutschen Privatunterrichtes schlagend widerlegt werden. Leider hat sich in dieser Beziehung

## Tariffenkung bei der Post?

Keine Rundfunksteuer oder Erhöhung der Rundfunkgebühren

Berlin, 3. Nov. Im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost erklärte heute der Reichspostminister, daß er sich der maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Preislenkungsfrage voll bewußt sei, und daß die Deutsche Reichspost bereit sei, im Auge und im Rahmen einer allgemeinen Preislenkung seitens der Industrie und des Handels eine entsprechende Gebührenermäßigung eintreten zu lassen. Des weiteren stellte der Reichspostminister fest, daß entgegen dem in der Presse mehrfach genannten Mittelungen eine Steuer auf den Rundfunk oder eine Heraufsetzung der Rundfunkgebühren nicht beabsichtigt sei.

### Die oberbadische Zigarrenindustrie protestiert

Karlsruhe, 3. Nov. Auch der Verband oberbadischer Zigarrenfabrikanten, Reichsverband deutscher Zigarren-Hersteller, Gruppe Oberbaden, Sig. Lahr, der die gesamte Zigarrenindustrie südlich Karlsruhe umfaßt, hat in einem längeren Telegramm an die badische Regierung gegen die von der Reichsregierung geplante Zollerhöhung für Tabak von 80 auf 400 Mark pro Doppelzentner protestiert und seine Gründe für diesen Protest eingehend dargelegt u. a. mit dem Hinweis darauf, daß auch die finanzielle Lage vieler Gemeinden katastrophal werden würde, für die die Zigarrenindustrie die einzige Einnahmequelle bedeute. Von der badischen Staatsregierung wird erwartet, daß sie durch ihren Vertreter im Reichsrat gegen die weitere Belastung Einspruch erheben wird. Es haben übrigens auch die christlichen und die freien Gewerkschaften, die Handelskammern Lahr, Freiburg und Schopfheim, sowie sehr zahlreiche Gemeinden sich dieser Protestkundgebung angeschlossen.



Die Uberschwemmungskatastrophe in Schlesien

Oben: Mitten zwischen fruchtbarem Land lag dies Bauerngehöft bei Laubau, nun gleicht es einer Insel inmitten über Wasserfluten. Seine Bewohner konnten nur mit Mühe Haß und Gut retten. Daneben: Der Raabachdamm wird durch Auflegen von Sandfäden verstärkt, um ein weiteres Ueberschreiten der Wasser zu verhindern. Unten: In Liegnitz kann in vielen Straßen der Verkehr nur durch Boote aufrecht erhalten werden. Daneben: Die Robertalsperre bei Marklissa, in deren Stausee sich in dem letzten Tage 35 Millionen cbm ansammelten, wodurch die Gefahr des Bruchs der Sperre heraufbeschworen wurde.

in Südtirol gar nichts geändert. Die Erklärungen der sächsischen und behördlichen Stellen, welche ihrerseits die gewisse römischen Korrespondenten dementierten, lassen leider auch gar keinen Zweifel darüber, daß Italien einem großzügigen Entgegenkommen gegenüber den Südtirolern keineswegs bereit ist. Der Präfekt von Bozen wie die sächsischen Blätter von Bogen und Trient weisen das, was die berichtigten römischen Korrespondenten — hauptsächlich dürfte es sich dabei allerdings nur um einen, um Herrn Fred Willis handeln — als italienisches Entgegenkommen an die Deutschen bezeichnen, als eine „Abfurdität“ zurück. Man weiß, daß die sächsische Presse streng diszipliniert ist und daß daher auch ihre Äußerungen die Meinung der maßgebenden Stellen widerspiegelt. Die Echtheit und Ueberzeugtheit des amtlichen italienischen Dementis wird auch durch einen Vorfall unterstrichen, der sich gerade in jenen Tagen ereignete, als die völkischen deutschen Blätter die angebliche Freigabe des deutschen Privatunterrichts verkündete. Am Vorabend des Meraner Trachtenfestes wurde dem Lehrer Eder von Riffian von den Carabinieri eröffnet, daß er sich des Vergehens des geheimen Unterrichts schuldig gemacht habe, weil er über Bitten der Eltern an drei deutsche Kinder deutschen Sprachunterricht erteilt habe. Es wurde ihm jede weitere Erteilung solchen Unterrichtes aufs strengste untersagt. Nun verbieten die gesetzlichen Bestimmungen den Unterricht an nicht mehr als drei Kinder eigentlich nicht. Trotzdem schreibt die Behörde auch in diesen Fällen ein, indem sie sich die Fiktion zurechtlegt, es sei nicht nachweisbar, daß sich der Unterricht nur auf drei Kinder beschränke.

Doch wenden wir uns nun der Frage zu, wie die Falschmeldungen auf die Südtiroler eingewirkt haben? Wir sagen es ohne Uebertreibung: diese irreführenden Meldungen haben mehr Schaden gestiftet als es ein neuer Unterdrückungsakt vermöchte. Die Widerstandskraft der Südtiroler hat sich bisher an dem Widerstand gekräftigt, daß das Interesse der gesamten deutschen Nation ihnen sicher ist. Was aber soll durch diese Falschmeldungen anders bewirkt werden, als dieses Interesse erstreben zu lassen? Will man durch sie nicht der deutschen Öffentlichkeit sagen: es sieht kein Hindernis mehr zwischen Deutschland und Italien, denn das letztere hat ja

den Südtirolern die Fülle seiner Großmut bewiesen. Sind sie nicht eine grelle Aufforderung an die deutsche Nation, sich nicht weiter um Südtirol zu bekümmern? Soll mit Erfolg Hitlers in Deutschland genügt hat, um die italienische Politik in Südtirol freundlicher und verständnisvoller zu gestalten? Wenn auch nur ein Körnchen Wahrheit an diesen Meldungen wäre, so würde man wenigstens hoffen können, daß eine entscheidende Besserung in Aussicht steht. Aber nicht einmal diese Hoffnung steht offen. Das viel berufene Meraner Trachtenfest ist von den Behörden nach vielen Schwierigkeiten, die sie in den Weg legten, erlaubt worden im Interesse der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Kurortes Meran. Die Italiener dürften denn doch die Südtiroler Deutschen jetzt insoweit kennen, um zu wissen, daß aus einer solchen Veranstaltung keine Revolution entstehen kann. Die Italiener waren auch klug genug aber um so eindrucksvolleres Bekenntnis deutschen Volkstums wurde. Gewiß: vor ein oder zwei Jahren hätten die Behörden einen solchen Aufmarsch unterläßt. Ein Beweis, daß die Methoden der kleinlichen Spitzhaken und Gärten verlassen ist, aber doch zugleich auch wieder ein indirekter Beweis für die große Zurückhaltung Italiens in größeren und bedeutungsvolleren Angelegenheiten.

Wir haben früher einmal festgestellt, daß sich im Laufe dieses Sommers die Stimmung der Deutschen in Südtirol unter dem Eindruck der Rheinlandräumung wesentlich gehoben hat. Um so beklagenswerter ist der Rückgang der Verhältnisse in einem Gefühle der Verlassenheit und des Verratenheits zutage tritt. „Mir uns“ — so sagte mir ein Südtiroler in diesen Tagen — „gibt es keine größere Bitterkeit, als wenn jetzt die ernste gemeinte Frage an uns gerichtet wird: „Nicht wahr, jetzt geht es euch ja glänzend.“ Sind wir denn von den Deutschen völlig aufgegeben?“ Haben wir unrecht, wenn wir von einem schmähtlichen Verrate an den Südtirolern sprechen? Haben wir unrecht, wenn wir diese Falschmeldungen als gefährliche Giftgabe bezeichnen, die den Lebenswillen eines schwer ringenden Volkes erlöten sollen?

## Gegen eine Konzentration der öffentlichen Gelder in Berlin

Eine zu wenig beachtete Seite des Zentralismus

Dresden, 3. Nov. Anlässlich der feierlichen Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes, bei der Dr. Luther die Notwendigkeit einer Verbindung der Reichsreform mit der zurzeit aktuellen Finanzreform betonte, machte der sächsische Ministerpräsident Schied Ausführungen, in deren Verlauf er darauf hinwies, die sächsische Wirtschaft könne sich des Gefühls nicht erwehren, daß die öffentlichen Gelder stärker in Berlin konzentriert werden, als dem Gesamtorganismus der deutschen Wirtschaft gut ist. Für die sächsische Wirtschaft mit ihren vielen Mittel- und Kleinbetrieben müsse es sich besonders schwer auswirken, wenn ihr so das zu ihrer Befruchtung notwendige Kapital entgeht. Die Ursache für diesen nicht glücklichen Konzentrationsprozeß sei freilich nicht allein bei der Reichsbank zu suchen. Der Reichsbankpräsident billige sicherlich nicht einen überspannten Zentralismus. Auch in diesem Sinne möge der stolze Neubau ein verheißungsvolles Sinnbild eines in allen seinen Gliedern gesunden deutschen Wirtschaftsorganismus sein.

Was der sächsische Ministerpräsident hier ausführt, gilt natürlich in demselben Maß auch für den Süden. Es ist in der Frage des Zentralismus und seiner Abwehr schon viel gewonnen, wenn die Wirtschaft allmählich einsehen lernt, daß der Zentralismus wohl der Zentrale, d. h. Berlin, Vorteile bringt, der „Provinz“ aber Lebenskräfte entzieht, die von Rechts wegen ihr zukommen. Leider haben gerade die Wirtschaftskreise diese Gefahr einer wirtschaftlichen Trockenlegung der Länder zu spät erkannt, und jahrelang den Abwehrkampf den Föderalisten allein überlassen.

### Am die Verkürzung der Arbeitszeit

Berlin, 3. Nov. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt heute eine Sitzung ab, in der die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung eingehend behandelt wurde. Man kam zu dem Schluß, daß die schematische und generelle Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach gefordert werde, kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sei, daß sie vielmehr im Gegenteil durch die mit ihr verbundenen Steigerung der Produktionskosten die Arbeitslosigkeit vergrößern könnte. Es sei eine Herabsetzung der Selbstkosten nur entweder durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- oder Wochenlohn möglich. Eine derartige Arbeitszeitverlängerung habe neben ihrer produktionspolitischen Wirkung sozial zugleich die Bedeutung, daß dem Arbeitnehmer auf diese Weise sein bisheriges Einkommen erhalten bleibe. Ihre Durchführung sei aber selbstverständlich abhängig von der Möglichkeit eines entsprechend vermehrten Absatzes, sodaß ihr zurzeit erkennbare Grenzen gesetzt seien.

### Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten

Berlin, 2. Nov. (Eig. Meld.) Das Reichsinnenministerium hat in seinem Haushaltsplan für das Jahr 1931 100 000 RM. zur Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten angefordert. Die „Doff. Zeitg.“ schreibt dazu, die Vorbereitungen für die Wahl müssen in dem Etatjahr 1931 getroffen werden. Die Amtsdauer des Reichspräsidenten läuft im Mai 1932 ab. Es muß also damit gerechnet werden, daß der erste Wahlgang Anfang April 1932 stattfindet. Ein Teil der Wahlvorbereitungen und auch der Ausgaben fällt daher in das Rechnungsjahr, dessen Haushalt jetzt fertiggestellt wird. Bei der letzten Wahl des Reichspräsidenten betrug die auf das Reich entfallenden Kosten für den ersten und zweiten Wahlgang 3,4 Mill. RM.

### Litwinow beim Außenminister

Berlin, 3. Nov. Der sowjetrussische Volkskommissar des Äußeren, Litwinow, hat auf der Durchreise nach Genf zwecks Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz dem Reichsaußenminister einen Besuch abgestattet. Im Anschluß hieran fand heute auf Einladung des Reichsaußenministers ein Frühstück statt, an dem die Mitglieder der sowjetrussischen und der deutschen Delegation sowie die zuständigen Herren des auswärtigen Amtes und der Sowjetbotschaft teilgenommen haben.

### Der deutsche Filmmarkt lehnt einen tschechischen Tonfi ab

Prag, 2. Nov. „Eidode Novinu“ berichtet, daß die deutsche Ausgabe des tschechischen Confilmes „K. u. K. Feldmarschall“ sich in Deutschland gegenwärtig als unerträglich erweist. Wenn sich zeigen sollte, daß tschechische Filme der Weg nach Deutschland auf die Dauer verperrt bleibe, dann würde dies das Ende jedweder tschechischen Filmproduktion bedeuten, die ohne den deutschen Markt keinen Gewinn abwerfe. Die weitere ablehnende Haltung gegenüber deutschen Confilmen in Prag würde die Vernichtung der tschechischen Filmindustrie bedeuten.

## Ein amtlicher Bericht über die Alsdorfer Katastrophe

Alsdorf, 3. Nov. Am Montag, den 3. November, nahm der Unfallauschuß der Gruben Sicherheitskommission Bonn einen ausführlichen Bericht der Bergbehörde über den Stand der Aufräumarbeiten und die bisherigen Ermittlungen entgegen. Die Annahme einer Explosion über Tage, für die die außerordentlichen Zerstörungen am Vorragerüß und am Betriebsgebäude des Eduardschachtes sprechen, kann noch nicht ausgeschlossen werden. Zwar scheiden die Möglichkeiten der Explosion eigener, größerer Brennstoffmengen, oder eines Benzintanks, oder eines Benzoltanks, oder verschütteten Benzols, sowie einer Explosion in der Lampenstube aus. Dagegen bleibt die Möglichkeit einer Explosion, die ihren Grund in Schneidarbeiten oder anderen Ursachen hat, bestehen. Unter Tage sind die Feststellungen, soweit die Gruben zugänglich sind, inzwischen abgeschlossen. Die Möglichkeit einer Entzündung schlagender Wetter scheint nach den bisherigen Feststellungen ausgeschlossen zu sein. Die Möglichkeiten der anschließenden Abbaubländen haben sich keine Merkmale einer Explosion ergeben. Im übrigen werden die Aufräumarbeiten noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

### Koks-gasexplosion auf der Ruhrchemie A. G.

Siertrade, 3. Nov. Die Bewohner von Siertrade wurden gestern nacht durch eine heftige Detonation aus dem Schlaf geweckt. Bei der Ruhrchemie-A.G. im Holtener Busch waren kurz hintereinander zwei Koks-gasexplosionen erfolgt, durch die das Dach der Halle vollkommen abgedeckt, die Mauer zum Teil und alle Fensterheben der Halle, sowie in der nächsten Umgehung zertrümmert wurden. Ein Arbeiter wurde dabei schwer, zwei weitere wurden leichter verletzt. Der Werkfeuerwehrgelung es, den Brand einzudämmen und durch Absperrung der Gasleitung vom Gasometer jede weitere Gefahr zu beseitigen. Die Ursache der Explosionen ist noch nicht geklärt.

### Die Türkei fordert Revision der Zahlungsverpflichtungen

London, 3. Nov. „Daily Telegraph“ meldet aus Konstantinopel: Der türkische Finanzminister hat an den Rat der ottomanischen Schuld ein Telegramm gesandt, in dem er kategorisch erklärt, daß die Türkei nicht imstande sei, unter den jetzigen Bedingungen zu zahlen. Das Telegramm fordert eine Revision des Pariser Abkommens von 1928.

### Weitere Beileidskundgebungen zum Tode des Prälaten Dr. Schofer

Zum Verlust, der die Badische Zentrumspartei durch das Ableben ihres Führers, Prälaten Dr. Schofer, betroffen hat, sind noch weitere Beileidschreiben bei dem 2. Vorsitzenden der Landespartei, Präsidenten Dr. Baumgartner, eingegangen von H. Herrn Generalmajor, Prälat Dr. Seifert in Freiburg, von der Zentrumspartei, Prälat Dr. Sester, von dem früheren Landtagspräsidenten Geh. Rat Dr. Rohrbuch in Heidelberg und von Herrn Reichstagsabgeordneten Erising, der zurzeit krank in Berlin liegt.

Reichskanzler Dr. Brüning mußte leider telegraphisch sein Fernbleiben von den Beileidsfeierlichkeiten des Prälaten Schofer entschuldigen, da er durch wichtige, nicht mehr abzusagende Reichsratsitzungen in Berlin dringend nötig ist. Für den Reichsparteivorstand der Zentrumspartei wird Reichstagsabgeordneter Joos an der Beileidsfeier teilnehmen, ferner hat Altreichskanzler Dr. Marx seine Teilnahme zugesagt. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, der gleichfalls durch wichtige Verhandlungen in Berlin verhindert ist, wird vertreten durch den bayerischen Gesandten Dr. Fischer.

### Ein badischer Abgeordneter in Darmstadt verurteilt

Karlsruhe, 3. Nov. In einer öffentlichen Versammlung in Darmstadt hatte der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete E. A. Roth die Reichsflaggen verächtlich gemacht und sie u. a. mit den drei Internationalen verglichen. Roth hatte sich nun vor dem Bezirksgericht in Darmstadt wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu verantworten und wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Das Befinden der erkrankten Säuglinge in Lübeck

Lübeck, 3. Nov. In einer Pressebesprechung wurden heute nähere Einzelheiten über das Befinden der mit dem Calmette-Präparat gefütterten und erkrankten Säuglinge gegeben, die, wie erklärt wurde, erfreulicherweise eine allgemeine Besserung erkennen lassen. Bemerkenswert ist, daß seit Mitte September neue Todesfälle nicht zu verzeichnen gewesen sind. Die Untersuchungen über die Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen. Professor Pistor sprach auf dem Tuberkulosekongress in Hamburg die Ansicht aus, daß die Möglichkeit einer Spaltung des BCG-Bazillus besteht, durch die das Ansteigen entstanden sein kann. Die umfangreiche Tieruntersuchung erstreckt sich jetzt besonders auch darauf, ob sich eine Grundlage für die Richtigkeit dieser Theorie ergeben wird.

### Die Oderüberschwemmung unterhalb Breslauer

Breslau, 3. Nov. Wie die Wasserbauämter Dyhernfurth und Maschitz gestern telefonisch meldeten, ist die Lage auf der linken Oderstromseite bei Neumarkt bedrohlich. Bei der Ortschaft Seedorf sei der Oderdamm undirt geworden und die Bauern aus Seedorf und fährdeten Stelle tätig. Am Dorf Lebus sind zahlreiche Anwesen vom Wasser völlig abgeschnitten. Im Dorf Lebus sind zahlreiche Anwesen vom Wasser abgeschnitten. In der Obliedenerung sind die vier Kilometerweite Wasserflächen, die stellenweise eine Tiefe bis zu 5 Metern aufweisen, vom Breslauer Vorstadtgebiet abgeschnitten. Etwa ein Duzend Kähne versorgen die Bewohner mit Lebensmitteln, Post und sonstigem Tagesbedarf.

### Rückkehr von G 38 nach Barcelona

Paris, 3. Nov. Wie Havas aus Barcelona berichtet, ist das deutsche Hiesensflugzeug G 38, das gestern früh in Barcelona aufgestiegen war, infolge Motorchadens nach einigen Minuten nach Barcelona zurückgekehrt.

### Der Untergang des Fischdampfers „Langeoog“

Besermünde, 3. Nov. Am Sonntag morgen gegen 5 Uhr wurde, wie bereits gemeldet, der von einer Fangreise von Island zurückkehrende Fischdampfer „Langeoog“, der Reederei Otto Weuder-Besermünde in der Nordsee von einem Dampfer gerammt und zum Sinken gebracht, und zwar, wie jetzt festgestellt, von dem auf der Austrie befindliche Dampfer „Bahche“ der Boermann-Linie. Die Reederei erhielt folgendes Telegramm: „Der Dampfer „Bahche“ der Boermann-Linie hat, ausgehend nach Südafrika, auf 53 Grad 59 Minuten Nord und 7 Grad 28 Minuten West den Dampfer „Langeoog“ am Sonntag früh 5 Uhr überannt. Gerettet sind sechs Personen, die in Rotterdam gelandet sind.“

Wie wir weiter erfahren, befinden sich unter den Ertrunkenen der Kapitän, der erste und der zweite Maschinist, der zweite Steuermann, der Koch und ein Matrose. Der untergegangene Fischdampfer war im Jahre 1919 erbaut worden.

### Der Sturm im Kanal

London, 3. Nov. Der heftige Sturm, der gestern zum Aufbruch des Startes der Do X führte, erreichte den Äktern zufolge stellenweise eine Geschwindigkeit von 130 Kilometer in der Stunde. Der Kanalpassagierdampfer „Maid of Orleans“ wurde durch den Sturm beschädigt. Vier Passagiere erlitten Verletzungen.







# Aufruf der Zentrumspartei Karlsruhe

zu den Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen am 16. November 1930

I.

Die Arbeit für die Gemeinden und ihre Einwohner-schaft betrachtet die Zentrumspartei nicht allein als ein staatsbürgerliches Recht, sondern auch als eine sittliche Pflicht. Auf das Rathaus gehört vor allen Dingen

die Sorge für das Allgemeinwohl und für die christliche Kultur!

Diese Aufgabe erfordert die Einheit und Geschlossenheit des katholischen Volksteils. Die Gemeinde ist nach der Familie die Hauptgrundlage von Staat und Gesellschaft. Sie ist als Kraftquelle der Volksgemeinschaft berufen für den Aufbau des Vaterlandes eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Auch unsere Stadt ist von der wirtschaftlichen und sozialen Notlage der Zeit aufs schwerste betroffen. Der Niedrbruch von Handwerk, Handel und Industrie und damit die große Arbeitslosigkeit, stellt sie dauernd vor schwere und wichtige Aufgaben.

Deshalb sind die bevorstehenden Wahlen nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für Reich und Staat auch politisch von außerordentlicher Bedeutung.

Das Wohl der Gemeinde und der Bürgerschaft fordert eine auf tiefem Verantwortungsgefühl beruhende sachliche Arbeit. Der Radikalismus rechts und links führt zur Vernichtung der seelischen Verbundenheit der Gemeindeglieder und zerstört damit die Grundlagen des wirtschaftlichen Wohlstandes. Wenn es wirklich ernst ist mit einem Aufstieg unserer Stadt, der kann niemals dem zerschenden Radikalismus der Nationalsozialisten und Kommunisten seine Stimme geben. Trotz der Not unserer Wirtschaft und des dadurch bedingten Steuerrückgangs, der viele deutsche Gemeinden aufs schwerste getroffen hat, kann die Finanzgebarung der Stadt Karlsruhe als durchaus geordnete bezeichnet werden. Der Schuldenstand wurde durch eine sparsame Wirtschaft in erträglichen Grenzen gehalten. — Die Stadt Karlsruhe hat neben Wörzheim die niedrigste Umlage der badischen Städte. Das ist nicht zuletzt der zielklaren und verantwortungsbewussten Tätigkeit der Zentrumsfractions auf dem Rathause mitzuber-danken.

Neuerliche Sparbarkeit auf allen Gebieten ist auch für die Zukunft erstes Gebot einer verantwortungs-vollen Gemeindepolitik.

II.

Das Zentrum steht zu dem gesunden Gedanken der Selbstverwaltung und hält an der Einrichtung der Bürgeraus-schüsse als dem Kontrollorgan der Bürgerschaft für die städtische Verwaltung fest. Diktaturgelüste einer Partei auf dem Rathaus lehnt das Zentrum im Interesse des Wohles der Bürgerschaft auf das entschiedenste ebenso ab wie die Herrschaft der Bürokratie. Die Not der Zeit verlangt, daß die gesamte Gemeindeverwaltung einfach und billig ist. Ein tüchtiges Berufsbeamten-tum zu dem sich das Zentrum jederzeit bekannt hat, muß das Rückgrat der Gemeindever-waltung bilden. Im Rahmen der Maßnahmen des Reiches und des Landes muß die Kürzung der hohen Bezüge bei entsprechender Staffelung Ziel der Gemeindepolitik sein.

III.

In der gemeindlichen Wirtschafts-, Steuer- und Tarifpolitik ist der Schutz der wirtschaftlich Schwachen mit allen Kräften anzustreben.

Die Selbstverantwortung der Gemeinden für ihre Aus-gabenwirtschaft ist zu stärken. Die Gemeinden dürfen nicht nur Kostgänger des Reiches und des Landes sein. Wir begrüßen daher, daß den Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer unter entsprechender Senkung der Reichs-einkommensteuer eingeräumt werden soll.

Eine Senkung der Realsteuern auf Liegenschafts- und Gewerbesteuererträge ist im Interesse der Gesundung der Wirtschaft und der Behebung der Arbeitslosigkeit unbeding-t notwendig.

Die Wirtschaftsordnung der Gemeinde muß von christlich-sozialem Geiste getragen sein. Das Ge-samtwohl hat über dem Vorteil des Einzelnen zu stehen.

Die Verwaltung der Gemeinde muß mit Aufmerksamkeit alle Vorgänge des Wirtschaftslebens beobachten, um das Wohl ihrer Einwohner jederzeit mit Nachdruck wahrnehmen zu können. Nicht unbedingt nötige Unternehmungen sind für eine bessere Zeit zurückzustellen.

Die Übernahme von wirtschaftlichen Betrieben in eigene Regie ist nur zulässig für solche Unternehmungen, die eine völlige oder überwiegende Monopolstellung einnehmen müs-sen. Wie z. B. Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke u. a.

Handwerksmäßige Regie-Betriebe sind grundsätzlich abzulehnen! Zum Schutze des Handwerks fordern wir unein-geschränkte Anerkennung der Reichsverbandsordnung durch die Gemeindeverwaltung und Vergebung der Auf-träge zu angemessenen Preisen unter Ablehnung der Pfusch- konkurrenz.

In der Gestaltung der Tarife der Gemeindebetriebe ist auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung gebührend Rück-sicht zu nehmen. Eine übersteigerte Ueberschußwirtschaft der städtischen Betriebe widerspricht dem Sinne dieser gemein-dlichen Einrichtungen, die dem Gemeinwohl zu dienen be-stimmt sind.

IV.

Ein ganz besonderes Interesse muß die Gemeinde dem Wohnungswesen zuwenden. Die Erstellung von gemeinde-eigenen Wohnungen halten wir nicht für zweckmäßig. Da-gegen ist der private Wohnungsbau mit allen Mitteln zu fördern. Hierbei sind Genossenschaften und private Einzel-unternehmer in gleicher Weise zu behandeln. Die Erhaltung bestehender Wohnhäuser muß ebenfalls durch die Gemeinde unterstützt werden.

Der Siedlungs- und Vorortpolitik wird durch den Aus-bau der Verkehrseinrichtungen entgegen zu kommen sein.

V.

Die soziale Fürsorge verdient unsere höchste Beach-tung. Unsere Mitarbeit ist uns Herzenssache und Gewissenspflicht.

Die öffentliche Fürsorge aber allein genügt nicht. Wir fordern ein geübliches Zusammenarbeiten mit der frei-willigen Liebestätigkeit und für die christliche Caritas vollste Freiheit und gerechte Förderung ihrer Einrichtungen, nicht zuletzt deshalb, weil die Not sehr oft auch eine seelische ist. Durch Zusammenarbeiten mit der freiwilligen Liebestätigkeit können manche Ersparnisse erzielt werden, ohne daß die Not-leidenden zu Schaden kommen.

Wir fordern die Ausmerzungen von Auswüchsen in der Fürsorge. Die Familie muß im Mittelpunkt der Wohlfahrtspflege stehen.

Eltern und Kinder müssen sich gegenseitig helfen, dann erst hat die Allgemeinheit einzutreten. So verlangt es Chris-tliche und deutsche Sitten.

Es ist dafür zu sorgen, daß die Arbeitsfürsorge aus-gebaut und Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

VI.

Die Erneuerung und Festigung der geistigen und sitt-lichen Gemeinschaft des deutschen Volkes, dessen Kultur in der christlichen Religion wurzelt, ist mit allen Mitteln zu fördern. Das gilt vor allem für das Erziehungs-, Schul- und Bildungswesen. Die Schule soll in erster Linie ihre Auf-gabe in der christlichen Erziehung der Jugend sehen. Nur ein gläubiger Lehrerstand kann diese Aufgabe lösen.

Im Landestheater wird eine fühlbare Kürzung der Aus-gaben eintreten müssen, wenn es für die Zukunft als Ver-mittler deutschen Kulturgutes erhalten werden soll. Das Theater darf nicht der Minderwertigkeit und der Sitten-lofigkeit Heferdienste leisten und der Auffassung von Chris-tlicher Sitten ins Gesicht schlagen.

Unser Ziel ist:

Die Gemeinde soll sein das Urbild der christlich-deutschen Volksgemeinschaft.

An der Verwirklichung dieses Zieles mitzuarbeiten ist uns heilige Pflicht. Es kann uns als Christen nicht gleich-gültig lassen, welcher Geist auf dem Rathause herrscht, zumal da es sich ja in der Gemeinde nicht allein um rein wirt-schaftliche Fragen dreht. Wo die Aufgaben immer schwieriger, und die Gegensätze immer unerträglicher werden, da ist das Zentrum als die Partei höchster Pflichterfüllung und opfervoller Mitarbeit und als Element des Ausgleichs ganz besonders berufen, auch auf dem Rathaus die Rechte des Volkes zu wahren, die Interessen nach Möglichkeit auszu-gleichen und die Lösung schwieriger Fragen in echt Chris-tlicher Tatbereitschaft herbeizuführen.

Wenn das Zentrum auf dem Rathause pflicht- und zielbewußt mitarbeitet, so ist das auch Dienst an Volk und Vaterland.

Je stärker unser Einfluß wird, umso mehr muß die Ge-meinde wieder zur Heim- und Pflegestätte werden für Bür-gerfenn und Bürgertugenden. So wie im Reiche die deutsche Zentrumspartei stets mit äußerster Kraft für die Rettung des Volkes und des Vaterlandes kämpft, so wird sie auch weiterhin in Gemeinde, Bezirk und Kreis ihre Pflicht er-füllen.

Darum frisch auf zum Kampfe! Darum mit äußerster Kraft an die Wahlarbeit! Darum am 16. November all-reiflos zur Urne! Darum katholische Jugend, geh vor allen Du voran!

Nichten wir den Blick aufs Ganze.

Unser Leitfaden heißt:

Des Volkes Wohl ist auch in der Gemeinde das oberste Gesetz.

Es lebe das Zentrum!

Auf zum Sieg unter der alten Fahne mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

## Das kommunalpolitische Programm der Zentrumspartei Karlsruhe

Unsere Forderungen:

I. Verwaltung.

Wir wollen:

1. Erhaltung der Gemeinden als Selbstverwaltungs-körper auf der Grundlage einer demokratischen Ver-fassung; Beschränkung der Staatsaufsicht auf das notwendigste Mindestmaß.
2. Erhaltung unserer Bürgerausschüsse, die der Eigen-art unserer badischen Verhältnisse angepaßt sind.
3. Vereinfachung und übersichtliche Gestaltung der Ge-meindeverwaltung und die mögliche Verminderung der Amtsstellen auf die mindestnotwendige Zahl.
4. Erhaltung eines tüchtigen Berufsbeamten-tums, das nur aus geeigneten Kräften mit fachlicher Be-fähigung zusammengesetzt sein soll; die gerechte Ent-lohnung aller städtischen Beamten und Angestellten und Arbeiter, unter Ablehnung aller überhöhen Be-löhne und eines unsozialen Doppelverdienstes.

II. Finanzen — und Wirtschaft.

Wir fordern:

1. Eine geordnete Finanzwirtschaft mit dem Grundloz-Deckung aller ordentlichen Ausgaben durch ordent-liche Einnahmen, Aufnahme von Anleihen in der Regel nur für werbende Unternehmungen.
2. Gerechte Steuer- und Lastenverteilung unter beson-derer Berücksichtigung des Kinderreichtums und der Wirtschaftskraft des Besteueren; Erschließung ge-meindeeigener Steuerquellen unter gleichzeitiger ent-sprechender Senkung der Reichs- und Landessteuern.
3. Erhaltung der städtischen Werke, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, sowie Straßenbahn — im aus-schließlichen Besitz und Betrieb der Gemeinde; Ver-waltung dieser Werke nach kaufmännischen Grund-sätzen und gerechte Gestaltung der Gebührentarife.
4. Abschaffung aller unnötigen Werkstätten und Regiebetriebe.
5. Öffentliche Ausschreibung und Vergebung aller Aufträge und Lieferungen, soweit sie nicht wegen Ge-ringfügigkeit aus der Hand abzugeben sind. Einhal-tung der Reichsverbandsordnung bei den Ver-gabungen und Auftragsverteilung tunlichst an orts-anfängliche Geschäfte.

III. Wohlfahrtspflege.

Wir wollen:

1. Eine gesunde Wohlfahrtspflege in enger Zusammen-arbeit mit den Organisationen der freiwilligen Liebestätigkeit, Fürsorge für Arme, Kranke und Not-leidende, schärfste Bekämpfung der offenen und ver-steckten Ausbeutung der Fürsorgeeinrichtungen, vor-beugende Wohlfahrtspflege durch entschiedene Bekämpfung aller Volks-, Gesundheits- und Sittenver-derbenden Festeinrichtungen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung.
2. Bereitstellung gesunder, sittlich einwandfreier Woh-nungen zu erschwinglichen Mietpreisen unter Berücksichtigung des wirklichen Bedarfs, eine weitblickende Bodenpolitik unter rückichtsloser Bekämpfung jeder Boden speculation.

IV. Kulturpflege.

Wir wollen:

1. Pflege und Förderung der christlichen Kulturgüter im öffentlichen Leben, die Beachtung der Grundsätze des Christentums im Erziehungs-, Schul- und Bil-dungswesen und in der Friedhofskultur, sowie die Führung des Theaters als Pflegestätte christlicher und deutscher Kunst und Volksbildung.
2. Schutz der Familie vor den ihren Bestand bedrohen-den schädlichen Einflüssen unserer Zeit; Bewahrung unserer Jugend vor Schmutz und Schand.
3. Eine den Bedürfnissen des Wirtschafts- und Geistes-lebens unseres Volkes angepaßte Förderung des ge-samten Schulwesens, insbesondere eine ruhige und stetige Fortentwicklung unserer Volksschule unter Ablehnung ungesunder Experimente, Erhaltung des christlichen Charakters unserer Volksschule.
4. Durchdringung aller Aufgaben und Unternehmungen der Gemeinde mit dem Geiste der Gerechtigkeit und mit dem Geiste einer christlichen Lebensgemeinschaft.

Der Ortsauschuß der Zentrumspartei Karlsruhe.







# Karlsruher Nachrichten

Dienstag, den 4. November 1930

## 9 Vorschlagslisten für die Gemeindevahl

Am letzten Donnerstagabend 8 Uhr war die Frist abgelaufen, die in der Gemeindevahlordnung für Einreichung der Vorschlagslisten für die Gemeindevahl vorgesehen ist. 9 Parteien haben Listen eingereicht, nämlich die

- Zentrums-Partei,
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
- Deutschnationale Volkspartei (Christl. Volkspartei in Baden),
- Evangelischer Volksdienst (Landesverband Baden des Christlichen Volksdienstes),
- Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und der Konserver-Volkspartei,
- Deutsche Volkspartei,
- Deutsche Staatspartei,
- Sozialdemokratische Partei,
- Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Wahlschäftsstelle prüft jetzt die Listen und erledigt die Beanstandungen mit dem jeweiligen Vertrauensmann. Spätestens am 8. November entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung der „Allgemeine Wahlausschuss“, der aus Mitgliedern der Stadt, Kollegen besteht, ob alle eingereichten Listen zugelassen werden und ob irgendwelche Wahlvorschlüsse zu beanstanden sind, um dann den Listen die amtliche Nummer für die Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel zu geben (soweit die Nummerierung nicht schon durch das Ministerium vorgeschrieben ist). Spätestens am 7. November werden die Vorschlagslisten in den Zeitungen amtlich veröffentlicht.

## Ein Sittlichkeitsverbrecher festgenommen

In der Hauptpost verhaftete gestern Abend gegen 7 Uhr ein etwa 44-jähriger Mann, sich in nicht mißzuverstehender Weise an zwei Kinder im Alter von 12 und 14 Jahren, die in der Richtung nach dem Mühlburger Tor auf dem Heimweg begriffen waren, heranzumachen, indem er sie überreden wollte, mit ihm zu gehen. Die beiden Mädchen, die von dem Manne bis an das Mühlburger Tor verfolgt wurden, melbten den Vorgang auf der dortigen Wache. Den dortigen Polizeibeamten, die die Verfolgung des angezeigten Verbrechens inzwischen Geflüchteten sofort mit Fahrrädern aufnahmen, gelang es mit Unterstützung von zwei Schulknaben, die das ungefähre Aussehen des Flüchtlings sich gemerkt hatten, den Flüchtling durch die Stephanienstraße zu verfolgen und in der Akademiestraße zu stellen, wo er inzwischen von einem Chauffeur bis zum Eintreffen der Schutzleute festgehalten wurde. Unter Bedeckung wurde er dann nach dem Mühlburger Tor verbracht und auf der dortigen Wache einem Verhör unterzogen.

Ob es sich bei der Festnahme des Individuums um den seit einiger Zeit in der hiesigen Stadt aufreisenden Sittlichkeitsverbrecher handelt, wird die eingeholte Ermittlung ergeben.

## Noch ungeklärte Fragen

Das Interesse für die in Aussicht stehende Landung des Luftschiffes nimmt von Tag zu Tag in dem Maße zu, als der Tag immer näher rückt, an dem nicht nur ganz Karlsruhe, sondern auch von der näheren und weiteren Umgebung eine große Menschenmenge Zeuge dieses glänzenden Ereignisses sein wird.

Was natürlich über die getroffenen Vorbereitungen anlässlich des Besuchs des Luftschiffes in allen Bevölkerungskreisen verlaublich geworden ist, ist jedoch herzlich wenig. Abgesehen von allgemein gehaltenen Redewendungen, die in einigen Tagesblättern hierüber veröffentlicht wurden, wäre es vielleicht doch angebracht, vor allen Dingen einmal das Publikum wissen zu lassen, welche Vorbereitungen getroffen sind, um die ganz gewaltige Besucherzahl möglichst ohne größere Schwierigkeiten nach dem Karlsruher Flughafen befördern zu können. Auch die auswärtigen Besucher dürften rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen sein, ob und welche günstigen Fahrverbindungen zu der Veranstaltung durch die Reichsbahn und Reichspost hierfür bereitgestellt sind. Als selbstverständlich sehen wir voraus, daß die Straßenbahnverwaltung ihren gesamten Wagenpark an diesem Tage bereit stellt. Ferner gilt es insbesondere die reibungslose An- und Abfahrt der in die Landung gehenden Fahrzeuge, Motor- und Fahrräder, sowie der Automobile zu gewährleisten und zweifellos ist es doch von allergrößter Wichtigkeit, zu erfahren, an welcher Stelle die Fahrzeuge parken können und wer die Bewachung derselben übernimmt. Ueber das eine ist man bis jetzt genau unterrichtet, das sind die umfangreichen Abwehrmaßnahmen.

Auch über den zu zahlenden Eintrittspreis möchte man unbedingt genaueres wissen. Ist es nicht möglich, den Schwerfriegsbeschädigten und Erwerbslosen Sonderveranlagungen zu gewähren? Und hat der Verkehrsverein schließlich auch einmal erwogen, ob es nicht angebracht erscheint, in Anbetracht des sehr kurzen Besuchs des Luftschiffes einen großen Teil der hierhergeschickten Massen dadurch festzuhalten, indem die Eintrittspreise zum Stadtgarten, dem Theater und den sonst hier an diesem Tage abzuhaltenen Sonderveranstaltungen eine Ermäßigung erfahren? Und letzten Endes spielt auch die Verpflegung der Massen eine Rolle, namentlich wenn Karlsruhe das Glück haben sollte, einen einigermaßen guten Wettertag zu haben, jedoch mit einem ungeheuren Zustrom von Menschen zu rechnen sein wird, die aller Voraussicht nach schon frühzeitig — ab 10 Uhr morgens bis voraussichtlich halb 3 Uhr nachmittags — den gedachten Veranstaltungen auf dem Flugplatz beiwohnen werden.

Auf eines sei aber im Interesse der ganzen Veranstaltung schon jetzt hingewiesen. An das Publikum, insbesondere Kraftfahrer, wird das dringende Ersuchen gerichtet, sich den polizeilichen Anordnungen zu fügen, da dies allerorts Voraussetzung des guten Verlaufes einer derartigen Massenveranstaltung ist. Und wenn die Zuschauer auf dem Flugplatz so vernünftig sind, daß sie bei der endgültigen Landung hübsch auf ihrem Platze bleiben, dann hat die Befragung bzw. der Führer des Luftschiffes schon jetzt die Erlaubnis gegeben, daß das Luftschiff von den Haltemannschaften bis auf circa 50 Meter an das Publikum herangezogen wird, wo Gelegenheit ist, den „Sessel“ aus der nächsten Nähe zu betrachten.

## Die Herbstmesse lockt . . .

Reiche Besichtigung und guter Besuch trotz des schlechten Wetters

Wer z. B. gestern oder am Allerheiligenabend oder während des Sonntag nachmittag einen Bummel nach der Badenstadt im Osten unternahm, dem kam es zum Bewußtsein, daß auch in unserer schnelllebigen Zeit die Romantik der Messe nach wie vor ihre Anziehungskraft ausübt: Laufende und abertausende pilgerten über die Durlacher-Allee oder von den Seitenstraßen her zum Messeplatz, auch auf der Landstraße von der alten Markgrafenstadt her wimmelte es von Leuten, die den Karlsruher Jahrmessplatz als Ziel erkoren und gar die Elektrischen brachten fortwährend aus allen Richtungen Publikum.

Gleich am Eingange der Badenstadt verließen es etliche „wahre Jakob“, mit ihren Worten der Badenstadt versehen auf ihre „Kunden“ zu wirken. Und letzten Endes ließ man sich dann herbei, einen der als besonders praktischen und haltbaren, so unermüdlich erklärten Schirme, oder einen patentierten Krawattenhalter oder einen feinen Gemäldehalter oder einen tipptoppen Kaffeemesserhalter zu erwerben!

Die Schaubühnenstadt zieht vom frühen Nachmittag bis zum späten Abend, wo viele, viele tausend blendende elektrische Birnen einen hellen und erhellenden Schein verbreiten, groß und klein in ihren Bann. Es gibt da auch allerhand zu sehen. Als sensationelle Attraktion ist wohl die neue „Luftsport-Karussell“ anzupreisen. Ein halbes Dutzend Zepeline fährt da durch die Lüfte und die Insassen können durch das

strömenden Publikum zu beobachten war. Die „reifere“ Jugend nahm in althergebrachter Weise hauptsächlich die „Berg- und Talbahn“ für sich in Beschlag, auch die Achterbahn wurde viel bevorzugt und dann auch das „Elektro-Coboggan“, wo man für zwei Groschen unter dem fröhlichen Hall der Zuschauer nicht eben sehr gemütlich



Das „Bergwerk“ das auf jeder Messe in Süddeutschland zu sehen ist

am „laufenden Bande“ erst zur Höhe gezogen und danach auf einer wendeltreppenartigen Rutschbahn ebenso rasch wieder zu Tal befördert wurde. Diese Stätten der „Bewegungsfreude“ hatten neben etlichen anderen Karussells, den Höhen- und Schiffschaukeln und mancherlei Unterhaltungsstuden den stärksten Andrang der sorglos fröhlichen Messebesucher aufzuweisen. Nicht zu vergessen sind schließlich die liebliche Gemälde anpreisenden Stände, die mit jeder Messe an



Auf der Messe ist das „Biegen“ billiger als auf Rappentwörth

Zahl zunehmen. Und so wetteiferten die Besitzer der Waffel-, Brot-, Wurst- und exotischen Fruchtstände in der Anpreisung ihrer leckeren Waren und hatten schließlich alle einen gewaltigen Zulauf zu verzeichnen. Der Luftakt war somit nicht schlecht. Und wenn das Wetter keinen Strich durch die Rechnung macht, dürfen die Aussteller wohl auf ihre Kosten kommen.



Schon beim Aufbau der Messe hilft die begeisterte Jugend

häufige Auf- und Absteigen der Miniaturflugzeuge eine gute und praktische Vorstellung von einer wirklichen Zepellinfahrt gewinnen. Recht originell erscheint auch das neue Klein-Karussell für die „Jüngsten“, die auf hölzernen Eisen- und Stiegenböden, Fährnen und Hümmern und auf purpurroten Flügelspannen eine Rundfahrt unternehmen. Die Spaß fand beim Publikum eine Aufzucht auf der „Sohlsleitbahn“, die übrigens einer echten Bobbahn täuschend nachgemacht ist. Dann die übrigens einer echten Bobbahn täuschend nachgemacht ist. Dann die übrigens einer echten Bobbahn täuschend nachgemacht ist. Dann die übrigens einer echten Bobbahn täuschend nachgemacht ist.

Eine große Zahl von Attraktionen zieht wie immer im Zeichen des Humors, Humor ist und bleibt Cramp. Da ist der Teufels- und Zuppelast (war drinnen vor sich geht, wird hier nicht verraten!), aus dessen Innern unablässig ein schallendes Klackern und Lachen dringt, sodas es beim Vorbeigehenden ansetzend wirkt, und sich derart steigert, daß sich fast die „Balken biegen“ — allerdings wird es von einer Grammophonplatte durch einen Lautsprecher übertragen! Hier sowohl, wie in der Bude des „Teufelsrades“, amüsierte man sich jedenfalls gründlich, was an den betretenen Meilen des hinein- und heraus-

## Führerberatungen im katholischen Jungmännerverband

Zahlreich waren am vergangenen Montag die Präses- und Führer des Bezirksverbandes der kathol. Jugend- und Jungmännerverbands des Bezirks Karlsruhe-Durlach-Etlingen zur Besprechung des Winterprogramms erschienen. Es fehlten nur die Vereinsvertreter von Durlach und des Jugendvereins von Durlach, nach Begrüßung aller ganz besonders der beiden neuen Präses Rung (Etlingen) und Flud (Karlsruhe-St.) durch den Herrn Bezirkspräses Wolf und einem frohen Anfangslied konnte hochm. Herr Präses Acker mann sein Referat ansetzen, das uns einen Heberblick gab über „Freiwillertum und dessen Arbeitsmethode“. Kurze Diskussion und praktische Hinweise. Richtlinien für die Arbeit im Verein mit Rücksicht auf die modernen Zeitverhältnisse, Vertiefung und Festigung der kathol. Grundlagen, Verarbeitung der ngriffe in religiös-weltanschaulicher Hinsicht in kleinen Gruppen. Aktivierung des einzelnen Mitgliedes! Der Bezirksverband selbst wird von berufenen Männern einen Schulungskurs veranstalten zur Beleuchtung der gegenwärtigen wirtschaftlich-politischen Grundlagen und ihrer philosophisch-weltanschaulichen Grundzüge. Für die Vorträge mit Gelegenheit zur Diskussion sind jetzt schon eingeladen die führenden Persönlichkeiten aller Vereine und Bünde der kathol. Jugendgemeinschaft, der hiesigen kathol. Korporationen, Erzieher und führende Politiker, die Mitglieder des Ortsausschusses der Zentrumspartei.

Die Vorträge finden im oberen Saal der „Goldenen Krone“ statt, jeweils Montags 20.15 Uhr, angefangen Montag, den 24. November. Die Vortragsreihe gliedert sich wie folgt:

1. Das bolschewistische Rußland.
2. Der deutsche Sozialismus.
3. Der Faschismus in Europa.

4. Die Gottlosigkeitbewegung und ihre geheimen Wege.
5. Aufgaben der katholischen Jugend im Sturm der Zeit.

Genauere Einladungen werden noch folgen. — Wichtige andere Punkte, wie Beteiligung der Jugend an den Untersuchungen der sportärztlichen Beratungsstelle am Jugendstufens in den Weichnachtsferien werden noch besprochen.

(1) Herabsetzung der Kohlenverkaufspreise. Der in Erwartung der Kohlenpreislenkung in Kraft getreten und schon bekannt gegebene Herabsetzung der Kohlenverkaufspreise beim städtischen Gaswerk um etwa 10 Prozent wird vom Stadtrat zugestimmt.

X Notstandsarbeiten für Wohlfahrtszwecke. Zur Beschäftigung von Wohlfahrtszwecken werden nach Stadtratsbeschluss zwei weitere Arbeiten eingerichtet. Es handelt sich dabei um vorbereitende Erdarbeiten für neue Straßenbauten im Stadtteil Ruppurr mit 8000 Arbeitslosetagstunden und um die Verlegung eines Wassergrabens bei der Wehrstraße im Wehrfeld mit 1000 Tagwerten.



## Gegen Umsturz und Revolution setzen wir Vernunft und Wahrheit

Kath. Wähler und Wählerinnen! Kath. Jugend!

Wer wahre Aufklärung über die Lage im Reich und in der Gemeinde, wer klare Ziele hören will, der komme zu unseren Versammlungen! Erscheint in Massen!

Zentrumspartei Karlsruhe.





